Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 12

Artikel: Noch lange keine Welt ohne Nuklearwaffen

Autor: Thomann, Eugen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-862767

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Noch lange keine Welt ohne Nuklearwaffen

Selbst wer sich mit Sicherheitspolitik beschäftigt, verdrängt sie gerne, doch bleiben sie ein Mittel dieser Sicherheitspolitik: die derzeit mindestens 14000 Atomwaffen. Ihnen galt am 28. Oktober in Zürich das 25. «Colloquium Sicherheitspolitik».

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Im Grusswort setzte Botschafterin Pälvi Pulli, die im Generalsekretariat des VBS den Bereich Sicherheitspolitik leitet, die für den Abend bestimmenden Akzente: Die internationale Rüstungskontrolle erodiert, das Eskalationsrisiko wächst, und die Politik hinkt hinter der sich rasch entwickelnden Technik her.

Als erster Referent griff Dr. Oliver Thränert, Chef des «Think Tank» des *Center for Security Studies* an der ETHZ das Thema «Rüstungskontrolle vor dem Aus? Grundlagen und Perspektiven der nuklearen Rüstungskontrolle» auf. Ihn ergänzte Professor James W. Davis, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Universität St. Gallen, unter dem Titel «Neue Technologien – neue Bedrohungen – neue Verträge?», ehe Botschafterin Nadine Olivieri Lozano, die Leiterin der Abteilung Sicherheitspolitik in der Politischen Direktion des EDA, auf die Frage antwortete «Herausforderungen in der Rüstungskontrolle – was macht die Schweizer Aussenpolitik?». Unter der Moderation von Dr. Sven Bradke diskutierten schliesslich die drei Fachleute miteinander und mit dem Publikum.

Botschafterin Pälvi Pulli bei der Eröffnung.

Geschichte der Rüstungskontrolle

Dass Nuklearwaffen ungeheures Zerstörungspotenzial entfalten können, weiss jedermann seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, da 1945 je eine amerikanische Bombe auf Hiroshima und Nagasaki fiel, worauf Japan kapitulierte. Als im folgenden Jahrzehnt die damalige Sowjetunion ebenfalls ein solches Arsenal aufbaute, entwickelte sich allmählich das «Gleichgewicht des Schreckens». Jede der beiden Atommächte fürchtete im «Kalten Krieg» den nuklearen Erstschlag des Gegners und beugte diesem mit einem massiven «Zweitschlagpotenzial» vor, so dass gesicherte gegenseitige Verwundbarkeit Überraschungsangriffe ausschloss.

Wie 1962 die «Kuba-Krise» zeigte, genügte das nicht zum Verhindern von Konfrontationen, die in eine tödliche Eskalation münden konnten. Die USA gaben den Anstoss zum Entwickeln eines Rüstungskontrollkonzeptes. Im Kern besteht es darin, dass jede Seite die Sicherheitsbedenken der anderen mitberücksichtigt. So kam strategische Stabilität zu Stande, blieb ungewollte Eskalation ausgeschlossen.

Auf diesem Hintergrund entstanden bald Abkommen, angefangen 1972 mit dem ABM-Vertrag, der die Raketenabwehr begrenzte (vgl. Glossar). Ausser Beschränkungen einigten sich die beiden Supermächte sogar auf das Abschaffen vorhandener Systeme, wie das INF genannte Verbot nuklearer Mittelstreckensysteme von 1987 zeigt, welches bis 2019 galt.

Solche Absprachen begleiteten zwangsläufig intensive Dialoge über die jeweiligen Überprüfungsverfahren und die Transparenz. Das schuf Vertrauen und Verständnis der Gegenseite.

Inzwischen eingetretene Veränderungen

Allmählich wuchs seither die Zahl der nuklear bewaffneten Staaten. Ferner wecken neue Technologien Zweifel an der Zweitschlagskapazität und damit an einer wesentlichen Grundlage der Vereinbarungen. Härten und verdecktes Stationieren der Systeme genügen für deren Redundanz nicht mehr unbedingt, wenn dank immer mehr Aufklärungsplattformen wesentlich besser erkundet, neue Signale detektiert, für Dauerbeobachtung ge-

Glossar

Ausser den einschlägig beschäftigten Diplomaten, Sicherheitsexperten und spezialisierten Offizieren überblickt kaum jemand das ins Wanken geratene Geflecht der Abrüstungsverträge und -initiativen. Die im Bericht verwendeten Begriffe sind daher hier erklärt:

ABM – Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen von 1972, infolge Kündigung der USA seit 2002 ausser Kraft.
IAEA – Internationale Atomenergie-Agentur mit Sitz in Wien.
INF – Verbot nuklear bestückter, landgestützter Mittelstreckensysteme von 1987 (in Kraft bis 2019).
IPNDV – Internationale Partnerschaft für nukleare Abrüstungsverifikation.
JCPTOA – Nuklearabkommen mit Iran, eigentlich »gemeinsamer umfassender Aktionsplan», vereinbart von der EU, den USA (die 2018 davon zurücktraten), Russland, China mit Iran, vom UN-Sicherheitsrat «indossiert».
LAWS – letale autonome Waffensysteme.
NPT – «Atomwaffensperrvertrag» über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1970.
TPNW – Kernwaffenverbotsvertrag, noch nicht in Kraft (erst 33 von 50 nötigen Ratifikationen).

sorgt, die Auflösung verbessert, Übertragung und Auswertung schneller werden. Wer viel genauer zielen kann, kommt mit geringerer Sprengkraft aus, richtet weniger Zerstörung und Kollateralschaden an. Eine nukleare Detonation in grosser Höhe würde kein Fallout bewirken und den Gegenschlag massiv behindern.

Der Abbau des Vertragsgeflechts begann mit dem ABM-Vertrag, den der jüngere Präsident Bush 2001 unter dem Eindruck von 9/11 aufkündigte, weil das Gleichgewicht des Schreckens überholt sei. Präsident Putin antwortete übrigens mit einer verständnisvollen Erklärung, das beeinträchtige die Sicherheit Russlands nicht … – heute kaum mehr vorstellbar.

Die natürlich in keine bilateralen Verträge der beiden Grossmächte eingebundenen Drittstaaten spielten unterdessen eine immer wichtigere Rolle. Diese neuen Akteure entwickeln noch lange nicht die gleichen Fähigkeiten wie die «Grossen», empfinden indes vielleicht auch weniger Hemmungen gegenüber einem Einsatz. Das sorgt für Unsicherheit und dürfte mitgespielt haben, als die USA jüngst den INF aufkündigten, auch wenn der dringende Verdacht nicht widerlegt ist, dass Russland mit seinem bereits dislozierten Hochleistungs-Marschflugkörper SSC-8 schon länger gegen den INF verstiess, so sehr die offiziellen russischen Sprecher das bestreiten und dabei eine unwahrscheinlich geringe Reichweite behaupten. Weil diese neue Waffe auch nicht nuklear einsetzbar ist, dürfte die Absicht verfolgt werden, im Falle eines Falles die scharfe Reaktion hinauszuzögern und so die NATO zu spalten.

Einmal mehr muss man den Blick von Europa weg nach Asien richten, wo die meisten nicht in die bisherigen Vertragswerke eingebundenen Nuklearmächte zu finden sind. Sorgen bereitet das Dreieck von China, Indien und Pakistan, so unterschiedlich die drei Mächte sich gebärden. China bangt vor allem um seine Zweitschlagfähigkeit gegenüber den USA, weil diese ihre Raketenabwehr ausbauen und ihre Präzisionswaffen weiterentwickeln. China steigert sein Potenzial laufend, so dass es schon bald Frankreich als drittgrösste Nuklearmacht überholen dürfte. Pakistan weist hingegen das grösste Wachstum des nuklearen Arsenals auf. Das noch schwach bestückte Nordkorea sorgt zusätzlich für Unsicherheit.

So hart die USA und Russland auf einander prallen, da die USA das bisher vereinbarte Beschränken der Raketenabwehr nunmehr ablehnen und Russland weiter darauf beharrt, – so eindeutig teilen sie wohl das Bedürfnis, die aufstrebenden asiatischen Nuklearmächte in ein allfälliges künftiges Vertragssystem einzubinden.

Das «Colloquium Sicherheitspolitik» tragen und finanzieren verschiedene private Organisationen unter dem Patronat des VBS. Seit 1992 dient der Anlass jeden Herbst unter einem aktuellen Thema dem sicherheitspolitischen Dialog.

Die USA können und wollen kein neues Gleichgewicht des Schreckens mehr anstreben, – sofern das bei der Vielzahl der Mitspieler überhaupt noch möglich wäre. Die USA könnten sonst ihre Verpflichtungen gegenüber schutzbedürftigen asiatischen Verbündeten nicht erfüllen. Russland wiederum dient diese Haltung der USA als Begründung der eigenen Aufrüstung mit den von Putin 2018 angekündigten neuen Waffensystemen. So treibt das Überwinden der Abwehr sogar die Rüstungsspirale weiter.

Sodann scheint die bei der Rüstungskontrolle bisher übliche scharfe Trennung von nuklearen Mitteln und «konventionellen» Hochleistungswaffen immer weniger Sinn zu machen. So arbeiten die USA beispielsweise an einem Projekt namens «Prompt Global Strike» mit dem Ziel, in einer Stunde überall auf der Welt konventionell präzis zuschlagen und dabei jede Abwehrmöglichkeit ausschalten zu können, was die Fähigkeit zum Zweitschlag weiter gefährdet.

Während einerseits Cyber-Angriffsmöglichkeiten und Antisatellitenwaffen die früher erwünschte Parität als Ziel obsolet erscheinen lassen, zeichnet sich eine ganz andere Polarisierung ab: Während die einen Staaten Aufrüstung und Modernisierung betreiben, streben die anderen ein totales sofortiges Verbot von Kernwaffen an.

Besonders beunruhigende Aspekte

Davis hob ein paar hervor, die hier nicht alle gewürdigt werden können. Besonders stachen indessen Umfragen ins Auge, denen zufolge selbst in demokratischen Staaten das vermeintliche Tabu des nuklearen Ersteinsatzes in der Bevölkerung viel schwächer verankert ist, als bisher gedacht. Einen Erstschlag zum Schonen der eigenen Kräfte befürworten Mehrheiten in den USA, in England, in Frankreich und Israel. Dieser Gedanke stand freilich schon 1945 den beiden einzigen bisherigen Nuklearschlägen Pate.

Nachdenklich stimmt ferner die immer stärker aufkommende kriegerische Rhetorik, namentlich zeitweilig zwischen den USA und Nordkorea. Mit ins Bild gehören Annahmen für militärische Übungen,

Moderator Bradke nimmt Referent Thränert kurz in die Zange. Bild: zVg

Zukunftsweisende Technologie zum Schutz der nächsten Generationen.

Mit der F-35 wird nationale Sicherheit neu definiert. Der Tarnkappen-Kampfjet wird bei Sicherungseinsätzen und Abfangflügen praktisch nicht vom Radar erfasst; die F-35 ist das weltweit modernste Kampfflugzeug, erreicht Überschallgeschwindigkeit, bietet eine grosse Reichweite und ist mit hochmodernen Sensoren ausgestattet — damit nationale Sicherheit und Souveränität auch in den kommenden Jahrzehnten gesichert sind.
Erfahren Sie mehr unter www.lockheedmartin.ch.

Lockheed Martin. Ihre Mission ist unsere.®

F-35 LIGHTNING II

NORTHROP GRUMMAN | BAE SYSTEMS | PRATT & WHITNEY

LOCKHEED MARTIN

© 2019 Lockheed Martin Corporation

die neuerdings wieder Nuklearwaffen einschliessen.

Schweizer Sicht

Wie Olivieri Lozano unterstrich, sieht sich die Schweiz als eines der kleineren Länder ohne Nuklearwaffen auf eine regelbasierte Weltordnung angewiesen. Sie steht darum nicht abseits, sondern verfolgt mehrere Ziele:

1. Auch für Nuklearwaffen gilt es, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Wettrüsten zu vermeiden;
2. Das Risiko ihres Einsatzes muss möglichst weit sinken;
3. Neue kreative Impulse sollen der Abrüstung dienen;
4. Neben der nuklearen ist die konventionelle Rüstungskontrolle zu stärken.

Was möglich ist, zeigt musterhaft der erfolgreiche «NPT», der 1970 zu Stande gekommene und mittlerweile breit abgestützte Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Entgegen den vor seinem Abschluss herrschenden Befürchtungen wuchs die Zahl der nuklear bewaffneten Mächte nur von fünf auf neun. Er brachte mit Sicherungsmassnahmen, Exportkontrollen Schutz gegen unkontrolliertes Wettrüsten. Im Jahr 2020 ist eine Überprüfungskonferenz vorgesehen. Die Schweiz strebt danach, das Einsatzrisiko weiter zu vermindern, vor allem durch «De-alerting» (Senken der Einsatzbereitschaft). Freilich erfüllte der NPT nicht alle Erwartungen; die von ihm erhoffte nukleare Abrüstung, wozu er die Kernwaffenstaaten verpflichten würde, blieb aus.

Enttäuschend wenig Erfolg zeichnet sich für «JCPOA» ab, für das unter Präsident Obama in Wien 2015 mit dem Iran abgeschlossene Nuklearabkommen. Die Schweiz hält es für eine grosse Errungenschaft und bedauert, dass sich die herrschende Regierung der USA brüsk daraus zurückzog und nunmehr auch der Iran punktuell von seinen Verpflichtungen abrückt. Dank intensiven, fast täglichen Kontrollen von Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Agentur «IAEA» würde dieser Vertrag Vertrauen verdienen, ja als Beispiel für ein auf vereinbarten Regeln gründendes Element der Stabilisierung einer gefährlichen Weltgegend wirken. Von Ideen, dem Iran durch gesteigerten Druck ein günstigeres Abkommen abzuringen, hält die Schweiz nichts.

Nachdrücklich bedauerte die Referentin das jüngste Zerbrechen des INF-Vertrags, der nukleare Mittelstreckenwaffen von Europa fernhalten sollte. Damit verschwand ein Element, welches der Sicherheit auch der Schweiz diente.

Nachdenkliches Podium – v.l.n.r. Thränert, Olivieri Lozano, Davis. Bild: zVg

Noch nicht abzuschätzen ist, was der mit dem Stichwort «TPNW» umschriebene Versuch taugt, Kernwaffen vertraglich zu ächten. Man kann weder ausschliessen, dass davon ein segensreicher Impuls ausgehen könnte, noch die Gefahr der Polarisierung von der Hand weisen. Auch hier bemüht sich die Schweiz, Brücken zwischen dem Lager der Kernwaffenmächte und den für ein rasches Verbot eintretenden Ländern zu bauen. Fest steht für unser Land: Ohne zuverlässige Verifikation und die Gewissheit, dass der Verzicht unumkehrbar wäre, bleibt dieses Bestreben aussichtslos.

Ausblick

Niemand zog in Zweifel: Die Welt bedarf einer neuen Form der Rüstungskontrolle. Sonst steigert die Rüstungsdynamik die Gefahr eines nuklearen Krieges. Ohnehin droht eine Zunahme der Nuklearmächte. Die Gründe wurzeln offensichtlich in den weltpolitischen Veränderungen der letzten Jahre. Wer den ruhmlosen Untergang des libyschen Diktators Gaddafi, eingetreten nach seinem Verzicht auf Massenvernichtungsmittel, mit dem Prestige-Erfolg des nordkoreanischen Gewaltherrschers vergleicht, den zeitweilig sogar der amerikanische Präsident hofiert, wird zwangsläufig nachdenklich. Offen bleibt ferner die Frage, ob die Ukraine von Russland auch angegriffen worden wäre, wenn sie die auf ukrainischem Gebiet zurückgebliebenen Atomwaffen der Sowjetunion nicht gegen die vertragliche Zusicherung territorialer Unversehrtheit an Russland herausgegeben hätte. Wie schafft man vor diesem Hintergrund wirksame und dauerhafte Verzichtsanreize für kleinere oder noch potenzielle Nuklearmächte?

Weitere Schwierigkeiten türmen sich vor einer Neuauflage des internationalen Rüstungskontrollgeflechts. Ein paar seien hier wenigstens angedeutet:

- Bisher kam jeder derartige Anstoss stets von den USA. Deren gegenwärtige Regierung scheint jedoch kaum interessiert, zumal im Vorfeld der Wahlen immer die Innenpolitik dominiert. Ausserdem verloren die USA mittlerweile viel von ihrer Glaubwürdigkeit;
- Das Gespräch zwischen den Nuklearmächten droht zu versiegen. Wer kennt beispielsweise ausserhalb Chinas wirklich die Doktrin der Volksrepublik?
- Ein neuer Anlauf muss ausser den Nuklearwaffen ähnlich gefährliche technische Neuerungen einbeziehen, beispielsweise Hyperschallwaffen und autonome Waffensysteme.

Auf der anderen Seite zeichnen sich wenigstens technisch auch Fortschritte ab: Innerhalb und ausserhalb der UN erarbeitet man Verfahren zur sicheren Verifikation ohne Preisgabe von Rüstungsgeheimnissen. Denn es gilt, Angaben über die Beschaffenheit von Waffen zu erheben, ohne dass die Prüfer Informationen erhaschen, die einem möglichen Gegner erleichtern, sie zu bekämpfen, oder die einen unerwünschten Nachbau ermöglichen. ■